

FRIEDENS JOURNAL



Deutsche Machtpolitik im Nahen und Mittleren Osten

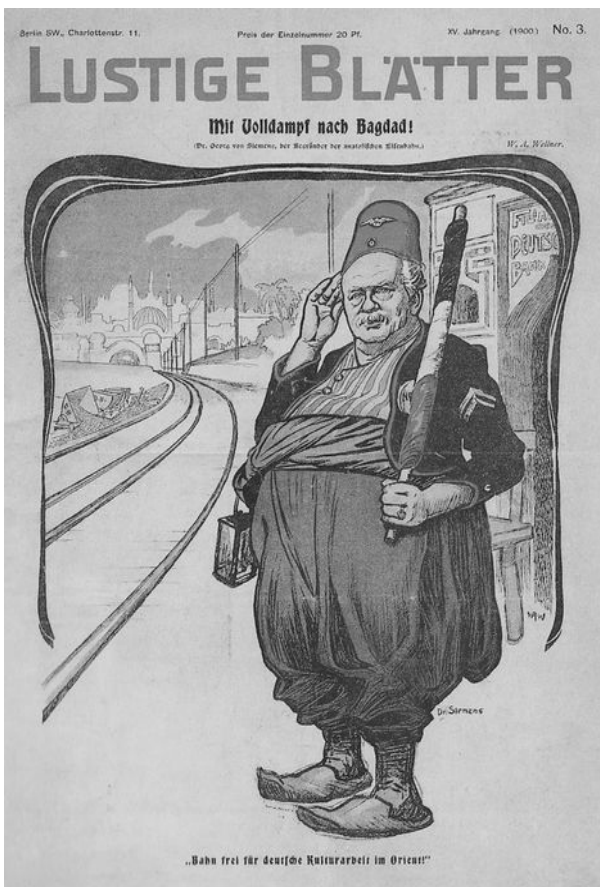
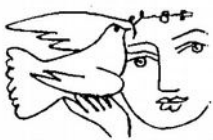


Foto und Grafiken: siehe Erläuterungen auf Seite 2



- Von Hause aus expansiv
- Deutschlands Rolle 1915 beim Armenier-Genozid
- Eine neue „Gestaltungsmacht“ im Nahen und Mittleren Osten
- Waffenexporte und „deutsche Verantwortung“
- Seit 100 Jahren wird Deutschland am Hindukusch verteidigt
- Saudi-Arabien und Katar: Terror-„Paten“ isolieren!



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2016/Nr. **1**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Von Hause aus expansiv	3
Deutschlands Rolle 1915 beim Armenier-Genozid	6
Eine neue „Gestaltungsmacht“ im Nahen und Mittleren Osten	8
Seit 100 Jahren wird Deutschland am Hindukusch verteidigt	12

INTERVIEW

Saudi-Arabien und Katar: Terror-„Paten“ isolieren	14
---	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Nachlese zum 22. Friedenspolitischen Ratschlag	16
--	----

RUBRIKEN

„Win-win-Geschäft“ im Blick	5
Flugblatt des Kurdischen Frauenbüros CENI	7
Antwort auf parlamentarische Anfrage	9
Afghanistan: Die Armen sollen im Land bleiben	13
„Berlin ist im Jemen indirekt Kriegspartei“	15

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	12.1.2016
Die nächste Ausgabe erscheint am:	12.3.2016

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

In eigener Sache:

Wir bitten die Leserinnen und Leser um Überweisung des jährlichen Soli-Beitrages von mindestens 15 €. Leserinnen und Leser aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Deutsche Machtpolitik in Nah- und Mittelost

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Militäreinsatz in Syrien wird die Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges zum dritten Mal Kriegspartei und einem vorprogrammierten Scheitern.

Wir stellen dazu historische Bezüge her, die eine erschreckende Kontinuität deutscher Politik zeigen.

Am deutlichsten zeigt sich dieses in der aktuellen Politik gegenüber dem türkischen Machthaber Erdogan. Ob man in seinem Vorgehen gegenüber den Kurden den historischen Vergleich zu dem Genozid an den Armeniern vor 100 Jahren bemühen kann, wird kontrovers diskutiert. Eindeutig ist aber die maßgebliche Rolle, die damals die deutsche Reichsregierung in ihrer bewussten Duldung des Genozids spielte. Schließlich ging es Deutschland damals in Bezug auf das Osmanische Reich um strategische Interessen, die seinerzeit mit dem Projekt Bagdad-Bahn verbunden waren.

In dem Beitrag von Tessa Hofmann wird diese fatale Rolle beleuchtet. Umso mehr ist deshalb Protest innerhalb Deutschlands gegen die bewusste Duldung des Erdogan-Krieges gegen die kurdische Bevölkerung notwendig.

Auch in Bezug auf Afghanistan gibt es eine historische Kontinuität strategischer Interessen – unter wechselnden Vorzeichen. Matin Baraki gibt in seinem Beitrag hierzu einen Überblick. Deutlich wird damit auch, wie mit dem eindeutigen Scheitern des Afghanistan-Kriegeseinsatzes der Bundeswehr heute umgegangen wird: dass nicht sein kann was nicht sein darf. Dieses führt zu grotesk anmutenden Debatten zur Klassifizierung Afghanistans als „sicheres Herkunftsland“ für Flüchtlinge.

Das Verständnis der interessengeleiteten, verlogenen Politik der Bundesregierung – wie in den genannten Beiträgen dieser Ausgabe aufgezeigt – sollte zu massivem Protest gegen die militärisch aufgeladene Machtpolitik im Nahen und Mittleren Osten führen.

Otto Jäckel hat als Vorsitzender der Juristen-Organisation IALANA den Vorschlag einer langfristig angelegten Kampagne gegen die Terror-„Paten“ Saudi-Arabien und Katar in die Diskus-

sion gebracht, die er in einem Interviewbeitrag erläutert.

Auf einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 8. Januar in Berlin wurden bereits weitere Aktionen gegen Krieg und Militarisierung diskutiert.

Die Friedensbewegung wird die Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 13. Februar 2016 in München als Auftakt für weitere gemeinsame Aktionen gegen Krieg und Militarisierung der Politik nutzen.

Gemeinsam sollen die Ostermärsche im März 2016 und die Fortsetzung der Unterschriftensammlung unter den Aufruf „Nein zur Bundeswehr in Syrien. Nein zum Krieg. Nicht in unserem Namen“ genutzt werden. Weitere Aktionen sind dann z.B. gegen den NATO Gipfel im Juli in Warschau vorgesehen. Zielsetzung ist es, noch in diesem Jahr zu einer großen, gemeinsamen Demonstration zusammen zu finden.

Ein Grundstock für die derzeitige Diskussion in der Friedensbewegung war der letzte Friedensratschlag in Kassel, worüber wir auf der letzten Seite einen kurzen, zusammenfassenden Bericht von Lühr Henken abgedruckt haben.

Für die anstehenden Vorbereitungen zu den Ostermärschen haben wir dieser Ausgabe die jährlich vom Bundesausschuss Friedensratschlag herausgegebenen Friedenspolitischen Forderungen beigelegt. Schließlich sind die Ostermärsche ein Anlass, um die gesamte Bandbreite von friedenspolitischen Forderungen in Aufruftexten anzusprechen.

Die Redaktion

Bilder auf der Titelseite:

Grafik links: Georg von Siemens als Bahnwärter der Bagdadbahn: Karikatur der *Lustigen Blätter* von 1900.

Die Bildunterschrift „Bahn frei für die deutsche Kulturarbeit!“ karikiert die Ideologie des deutschen Imperialismus.

Quelle: Wikipedia

Foto oben: Zug der Bagdadbahn um 1900. Quelle: Wikipedia

Grafik unten: Screenshot aus *Arte-Dokumentation zur Bagdadbahn mit Streckenführung Stand 1915* (Lücken weiß gepunktet dargestellt),

Quelle: YouTube

Aufruf – Wir sagen nein!

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

Sie sagen, Sie handeln im Namen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, wenn Sie die Bundeswehr nach Syrien schicken. Wir sagen: Sie handeln nicht in unserem Namen!

Aus falsch verstandener Solidarität wird Deutschland zur Kriegspartei in einem Krieg, der auch überregional umfassende Vernichtung mit sich bringen kann. Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist politisch falsch, moralisch unverantwortlich, verfassungs- und zudem völkerrechtswidrig.

Das Erstarren des IS ist auch die Folge des US-Krieges im Irak, des NATO-Krieges in Libyen und der Waffenlieferungen in die Region, z.B. von deutschen Waffen nach Saudi-Arabien. Der Zustrom von Geld, Waffen und neuen KämpferInnen für den IS muss dauerhaft unterbunden werden. Die Menschen in der Region brauchen eine lebenswerte Alternative, damit sie dem bewaffneten Kampf des IS ihre Unterstützung entziehen. Ein Ende des Krieges in Syrien ist nur mit Verhandlungen und Kooperation möglich.

Wir sagen Nein zur Beteiligung der Bundeswehr in Syrien!

Wir sagen Ja zu zukunftsweisenden zivilen Lösungen.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, handeln nicht in unserem Namen!

Aufruf online unterzeichnen unter: <http://www.syrienkrieg-nicht-in-unserem-namen.de/>

Das deutsche Kapital: Von Hause aus expansiv

von Jörg Kronauer, Sozialwissenschaftler und freier Journalist

Der nachfolgende Text ist dem 1986 verstorbenen marxistischen Sozialwissenschaftler und Faschismusforscher Reinhard Opitz und dessen Dokumentenband "Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945" gewidmet. Der Text ist die redaktionell stark gekürzte Fassung eines Beitrages, der bereits in den Marxistischen Blättern Nr.1/2012 erschienen ist und wenig an Aktualität eingebüßt hat.

Opitz hat versucht, die expansionistische Kontinuität in Europa im Falle des Deutschen Reichs nachvollziehbar zu machen. Er hat zu diesem Zweck zahlreiche Debattenbeiträge, Positionspapiere und Forderungskataloge dokumentiert, in denen ganz unterschiedliche Kräfte aus Industrie, Politik und den jeweiligen PR-Abteilungen ihre Vorstellungen darüber festgehalten haben, was – zugespitzt formuliert das Deutsche Reich in Europa erreichen sollte und wie der Kontinent zu gestalten sei.

Der äußere Rang der jeweiligen Papiere ist durchaus verschieden; er reicht von Zeitungsartikeln über Strategiepapiere aus Ministerien bis hin zu Kriegszielen denkschriften der obersten staatlichen Ebene. Opitz' „Europastrategien“ haben den Zeitraum von 1900

bis 1945 zum Kern, holen aber bis in die Zeit von Friedrich List [Anm. FJ: einem der bedeutendsten deutschen Wirtschaftstheoretiker des 19. Jahrhunderts] aus, um den langen Vorlauf der Strategiedebatte zu verdeutlichen.

Gleicht man die gegenwärtige Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland mit den zahlreichen Strategiepapieren ab, die Opitz in seinem Band zusammengestellt hat, so fällt schon rein äußerlich eine ganze Reihe eklatanter Parallelen auf. Selbstverständlich ist der politische wie ökonomische Kontext heute ein völlig anderer als in der von Opitz behandelten Zeit; selbstverständlich haben sich Prioritäten in vielerlei Hinsicht verschoben. Dennoch zwingen die auffälligen äußerlichen Ähnlichkeiten zu der Frage, ob da nicht tatsächlich Expansionskontinuitäten bestehen.

Die Südosteuropa-Expansion – historisch

Einen zentralen Stellenwert besitzt in Opitz' Dokumentenband die Mitteleuropastrategie. Schon bei Friedrich List zeigten sich, schreibt Opitz, zwei „Grundlinien“ deutscher Expansionspläne: „über Österreich und die unteren Donauländer ans Schwarze Meer; Anschluss Hollands und Belgiens an den Zollverein“. Die Expansion sowohl nach Südost als auch nach Nordwest seien

„die beiden Hauptstoßrichtungen aller späteren großkapitalistischen Europastrategien“. Opitz diagnostiziert sie gleichermaßen in den Expansionsdebatten der süddeutschen wie auch der rheinischen Industrie. Eine wichtige Rolle dabei spielten Pläne, die Auswanderung nach Nord- und Südamerika in den europäischen Südosten zu lenken: Auf diese Weise, lautete der Grundgedanke, werde es möglich sein, deutsche Kolonien zu schaffen, die die Expansion begleiteten und stützten und die Gebiete entlang der Donau zu Lieferanten von (Agrar-)Rohstoffen und Abnehmern deutscher Industrieprodukte formten.

Lists Vorstellungen waren dabei zum Teil schon höchst konkret:

„Es liegt daher in dem Interesse der Vereinsstaaten, daß Oesterreich den Durchfuhrhandel auf der Donau möglichst erleichtere und daß die Dampfschiffahrt auf der Donau zu kräftigem Leben erwache, daß sie folglich im Anfang von den Regierungen thatsächlich unterstützt werde.“

Opitz zeigt mit zahlreichen Dokumenten, wie sich die Mitteleuropastrategie durch die gesamte Expansionsdebatte des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts zieht. Begrifflich taucht sie selbst in den „Kriegsziel-Richtlinien“ von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914

auf („Septemberprogramm“), dort allerdings erweitert um diverse weitere Expansionsziele:

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“

... und nach 1989

Deutlich ist, dass die Bundesrepublik ab 1989 den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten nutzen konnte, um in ihrem alten Expansionsgebiet im Südosten wieder umfassend Fuß zu fassen. Schon ein kurzer Blick auf die Außenhandelsstatistik zeigt, dass die dortigen Länder ihre Rolle als Abnehmer deutscher Produkte wieder eingenommen haben; fast überall ist die Bundesrepublik – meist mit deutlichem Abstand – der Außenhandelspartner Nummer eins. Umgekehrt dienen die südosteuropäischen Staaten heute zwar weniger als Rohstofflieferanten, dafür aber weithin als Niedriglohnstandorte für die deutsche Industrie. Die EU-Osterweiterung hat die innerstaatlichen Regelwerke der Beitrittsstaaten in jeder Hinsicht umfassend an die westeuropäischen Regelwerke angepasst und damit beste Bedingungen für die Expansion des deutschen Kapitals geschaffen. Insofern ist vieles, was einst mit Hilfe von Strategien angestrebt wurde, mittlerweile realisiert.

Die Bagdad-Bahn ...

Die Südosteuropa-Expansion war im Deutschen Kaiserreich verbunden mit einem ehrgeizigen Vorhaben – der Bagdad-Bahn. Gefördert von der Deutschen Bank sollte eine Bahnstrecke gebaut werden, die eine direkte Verbindung von Berlin über Südosteuropa und die Türkei bis in den Irak eröffnete. Das Unternehmen war von Anfang an als Konkurrenzprojekt gegenüber

den Briten geplant, deren mittelöstliche Einflusszone damit attackiert werden sollte; und so ist es kein Zufall, dass die Bagdad-Bahn heutzutage in Großbritannien wohl bekannter ist als in der Bundesrepublik, die ihre imperiale Vergangenheit allzu gern vergessen macht, um sich als „Friedensmacht“ oder Ähnliches zu präsentieren. Über die Absichten jedenfalls, die im Kaiserreich mit dem Bau der Bagdad-Bahn verbunden waren, kann man sich in Opitz' „Europastrategien“ aus erster Hand informieren. Dort wird der Expansionsideologe Paul Rohrbach mit klaren Aussagen zitiert:

„... die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung des Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten ... Sobald man nun überhaupt die ganze Frage etwas näher erwägt, so kommt man vom deutschen Standpunkt aus sehr schnell dahin zu sagen, dass es überhaupt eine Thorheit ohnegleichen wäre, wenn wir nicht mit aller Energie das unsrige dazu thäten, gleichfalls einen Anteil an den Früchten der Wiedererhebung der alten Kultur in Mesopotamien, Syrien und Babylonien zu bekommen. Was wir nicht thun, das werden andere mit Sicherheit thun, mögen es nun Engländer, Franzosen oder Russen sein, und der Zuwachs an ökonomischem Vorteil durch die Bagdadbahn, der für uns aus dem westlichen Vorderasien zu erwarten steht, würde im andern Falle nicht nur uns entgehen, sondern unsere Rivalen in der Politik und Weltwirtschaft stärken.“

Ehrgeizige Pläne, die Ressourcengebiete des Mittleren Ostens per Bahn an die Bundesrepublik anzubinden, gibt es heute erneut. Hintergrund ist wieder der Einflusskampf der großen Mächte dort; dabei rivalisieren heute nicht nur die einzelnen westlichen Staaten untereinander, sondern auch mit der Volksrepublik China.

... als Neuauflage in 2011?

Die Eisenbahnpläne hat im Februar 2011 [der damalige] Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer ausdrücklich formuliert. Hintergrund ist, dass vor allem die Diktaturen der Arabischen

Halbinsel sich bemühen, ihre Ressourcengewinne in den Aufbau modernster High-tech-Industrien zu investieren, um sich eine ökonomische Basis für die Zeit zu schaffen, wenn Öl und Gas zur Neige gehen. Dabei fallen Milliardenaufträge auch für deutsche Unternehmen an und die entstehende Industrie lässt es lohnend erscheinen, sie an Deutschland und Europa anzubinden. Die Deutsche Bahn AG ist ohnehin schon mit umfangreichen Projekten auf der Arabischen Halbinsel involviert, wo Schienennetze zwischen den entstehenden Industriezentren errichtet werden sollen. Allein in Katar verwaltet die Deutsche Bahn ein Auftragsvolumen von 17 Milliarden Euro. Das alles könne, heißt es in Berlin, genutzt werden, um die infrastrukturelle Anbindung der Region an Deutschland zu perfektionieren ganz wie, dem Konzept nach, bei der Bagdad-Bahn.

Ramsauer hielt sich Anfang Februar 2011 in Syrien auf – kurz bevor dort die Unruhen begannen –, um für eine deutsche Beteiligung an Investitionen in das syrische Eisenbahnnetz zu werben. Syrien „könnte zur Schnittstelle attraktiver Transportverbindungen zwischen Europa und der arabischen Halbinsel“ werden, meinte Ramsauer:

„Ich denke zum Beispiel an eine Eisenbahnverbindung, die den Persischen Golf mit dem Mittelmeer verbindet.“

Die syrische Regierung, ließ Ramsauer durchblicken, werde jedenfalls keine Einwände gegen das deutsche Projekt haben, das immerhin geeignet wäre, Berlin und dem Westen einen wichtigen Vorteil in Mittelost gegenüber der Volksrepublik China zu verschaffen.

Das vereinte Europa

Opitz' „Europastrategien“ liefern schließlich auch die Erkenntnis, dass die Idee einer europäischen Integration alles andere als ein Phänomen der Nachkriegszeit ist. Tatsächlich dachte schon Friedrich List 1841 über Ähnliches nach und über die Gründe, die den europäischen Zusammenschluss einst forcieren würden, nämlich die Konkurrenz zu den USA:

„Napoleon wollte durch sein Continentalsystem eine Continentalcoalition

gegen die englische See und Handelsübermacht stiften; aber um Erfolg zu haben, hätte er den Continentalnationen allererst die Besorgniß, von Frankreich erobert zu werden, benehmen müssen. Er scheiterte, weil bei diesen die Furcht vor der Landübermacht die Nachteile, welche sie von der Seeübermacht empfanden, weit überwog. ... Dieselben Ursachen ..., welche Großbritannien auf seinen gegenwärtigen hohen Standpunkt erheben, werden – wahrscheinlich schon im Lauf des nächsten Jahrhunderts – das vereinigte Amerika auf einen Grad von Industrie, Reichthum und Macht erheben, welcher diejenige Stufe, worauf England steht, so weit überragen wird, als gegenwärtig England das kleine Holland überragt. Im natürlichen Lauf der Dinge wird Nordamerika innerhalb dieses Zeitraums seine Bevölkerung auf Hunderte von Millionen Menschen vermehren, wird es über ganz Mittel- und Südamerika seine Bevölkerung, seine Institutionen, seine Kultur, seinen Geist ergießen ... – wird eine Bevölkerung von mehreren hundert Millionen Menschen einen Continent ausbeuten, der an Ausdehnung und Naturreichthum den europäischen Continent unendlich übertrifft – wird die Seemacht der westlichen Welt die Seemacht von Großbritannien so weit überragen, als ihre Küsten und Ströme die britischen

an Erstreckung und Größe übertreffen. So wird in einer nicht allzu entfernten Zukunft die Naturnothwendigkeit, welche jetzt den Franzosen und Deutschen die Stiftung einer Continental-Allianz gegen die britische Suprematie gebietet, den Briten die Stiftung einer europäischen Coalition gegen die Suprematie von Amerika gebieten. Als dann wird Großbritannien in der Hegemonie der vereinigten Mächte von Europa Schutz, Sicherheit und Geltung gegen die amerikanische Übermacht und Ersatz für die verlorene Suprematie suchen müssen und finden.“

Gar nicht so grundlegend davon verschieden klingt ein von Opitz dokumentiertes Papier aus dem Reichswirtschaftsministerium von 1944:

„Ausserhalb Europas sind Weltreiche herangewachsen, die an Macht und Grösse die europäischen Nationalstaaten weit überflügeln: das Britische Weltreich, dessen Zentrum und Schwerpunkt sich immer mehr von Europa weg verlagerte, die USA, Russland und als jüngstes noch im Werden begriffenes Gebilde Grossasien. Ob Europa sich neben diesen neuen Weltmächten zu behaupten und sich gleichwertig ihnen an die Seite zu setzen vermag, hängt davon ab, ob es von der nationalen Zersplitterung und von dem endlosen Streit seiner Völker um europäischer Zusammenarbeit zu finden

vermag. Wollen wir Kontinental-Europäer zu Einheit und Zusammenarbeit gelangen, von deren Begründung und Behauptung unsere ganze Zukunft abhängt, so wird zweierlei von uns verlangt: Der Verzicht auf Herrschaftsgelüste eines einzelnen Volkes über die anderen und der Verzicht aller auf schrankenlose Selbständigkeit ausserhalb europäischer Ordnung. In diesem Sinne Fahnenträger, nicht Herr Europas zu werden, muss eigener Vorsatz Deutschlands sein, Fahnenträger eines neuen Europa, das seinen Platz und Rang unter den neuen Weltmächten behaupten kann, der ihm nach seiner geschichtlichen Entwicklung und seinen kulturellen und wirtschaftlichen Kräften gebührt. ... Seien wir uns klar darüber: Wir Festlandeuropäer haben nur mehr die Wahl, uns zu koordinieren oder zu subordinieren, uns untereinander zu vertragen und zu einer gesunden Einheit zusammenzuschliessen oder uns einer von aussen kommenden Fremdherrschaft zu unterwerfen.“

Parallelen zur heutigen EU-Lyrik sind unübersehbar. Die Kontinuitäten, die sich hier abzeichnen, wären eine weitere Untersuchung wert; diese würde freilich zeigen, wie in dem angeblichen Friedensprojekt EU nur die alten Linien der deutschen Expansionspolitik fortexistieren.

"Win-win-Geschäft" im Blick

von Jörg Kronauer

Anmerk. der Redaktion: Der nachfolgende Artikelauszug ist der Jungen Welt vom 24.11.2014 entnommen, d.h. noch vor der vertraglichen Beilegung des Atomstreits mit dem Iran.

Iran ist das Land mit den zweitgrößten nachgewiesenen Erdgasreserven der Welt. Damit ist es für erdgasabhängige Staaten wie Deutschland stets ein interessanter Geschäftspartner. Das gilt umso mehr für Zeiten wie heute, da Berlin und Brüssel auf der Suche nach Alternativen zu russischen Rohstofflieferungen sind. Dementsprechend hat die EU-Kommission bereits nach der ersten Lockerung der Iran-Sanktionen zu Jahresbeginn [2014] ihre Fühler nach Teheran ausgestreckt. [...] Doch man dürfe die Gelegenheit nicht verstreichen lassen: Teheran denke auch darüber nach, statt auf Pipelines nach Europa vielleicht doch lieber auf Flüssiggas zu setzen, das in Ostasien, wo der Erdgaspreis deutlich höher liege als in Europa, teurer verkauft werden könne. Eine mögliche Fokussierung Irans auf Japan, Südkorea und China aber gelte es zu verhindern.

Gleich mehrere europäische Energiekonzerne haben ein starkes Interesse, irisches Erdgas mit Gewinn in die EU zu transportieren und sich nach Möglichkeit auch an der Förderung selbst zu beteiligen.

Dazu zählten schon in der Vergangenheit die französische Total und die italienische Eni, aber auch die deutsche RWE, die es bereits 2007 auf Gas aus dem »South Pars«-Feld abgesehen hatte. Deutsche Firmen haben dabei gegenwärtig gute Chancen.

Die von Reuters zitierte Quelle in Brüssel gibt an, der »Hauptkontakt« der EU-Kommission zur iranischen Regierung verlaufe, was Erdöl und Erdgas betreffe, »über die Botschaft in Berlin«. Wieso? Neuer Botschafter ist dort [...] Ali Majedi, als früherer Vizeölminister eine der zentralen Figuren der Energiebranche Irans. Er hat ein klares Programm. »Ich werde mich in Deutschland bemühen, die Deutschen zu überzeugen, sich an der Entwicklung von Öl- und Gasfeldern in Iran zu beteiligen«, teilte er erst vor kurzem in einem Interview mit: »Ich habe Pläne im Kopf, dass Iran Öl nach Deutschland verkauft oder Erdgas nach Deutschland exportiert«.[...]

Deutschlands Rolle 1915 beim Armenier-Genozid

von Tessa Hofmann, Genozidforscherin; Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.

Im Ersten Weltkrieg waren das deutsche Kaiserreich und das Osmanische Reich militärisch mit einander verbündet. Deutschland war daran interessiert, die sogenannte Bagdad-Bahn zu bauen. Das Osmanische Reich stand seit vier Jahrhunderten im Dauerkonflikt mit Russland und nutzte, von Deutschland dazu angestachelt, den Weltkrieg, um russische Schwarzmeerhäfen zu beschließen, und griff Russland mitten im Winter 1914/15 an, was 90.000 osmanische Soldaten mit dem Leben bezahlten.

Die russisch-osmanische Staatsgrenze teilte das Siedlungsgebiet der christlichen Armenier. Das nationalistische Kriegsregime der „Jungtürken“ trieb ab Juni 1915 den Großteil der osmanischen Armenier, also auch die, welche weit entfernt von der Kriegsfrente lebten, in die Wüstengebiete der damaligen Provinz Syrien (heute Nord-Irak sowie Nordost-Syrien), wo unter den Bedingungen von Krieg und allgemeiner Hungersnot kein Überleben möglich war. Als die zuständigen Behörden im Frühjahr 1916 erkannten, dass das Hungersterben zu langsam erfolgte, wurden die Insassen der noch vorhandenen Deportiertenlager massakriert und zu Tausenden lebendig verbrannt. Binnen 19 Monaten wurden so nach Schätzung der deutschen Botschaft zu Konstantinopel anderthalb Millionen Armenier_innen ermordet.

Zur Begründung des Deportationsbefehls dient bis heute ein lokaler „Aufstand“ der verzweifelten armenischen Bevölkerung in der Grenzprovinz Van, die sich in der gleichnamigen Provinzhauptstadt vor Massakern regulärer und irregulärer Soldateska zu verteidigen versuchte. Auch deutschen politischen Entscheidungsträgern diente diese verlogene Behauptung als Vorwand, um den bedrohten armenischen christlichen Glaubensbrüdern eine humanitäre Intervention zu versagen. Die zahlreich bei der Botschaft Konstantinopel eingehenden ausführlichen Berichte deutscher Konsuln aus den osmanischen Provinzen führten allerdings dazu, dass diese Lüge sich in

der deutschen Führungsspitze nicht lange aufrechterhalten ließ. Bereits am 17. Juni 1915 schlussfolgerte Botschafter Hans von Wangenheim: „Dass die Verbannung der Armenier nicht allein durch militärische Rücksichten motiviert ist, liegt zutage.“

Wangenheim, der bis 1912 Botschafter in Athen gewesen war, hätte sich auch daran erinnern können, dass sich das jungtürkische Regime seit seiner Machtergreifung 1909 gegenüber den bis zu drei Millionen zählenden Griechen osmanischer Staatszugehörigkeit („innere Feinde“, „Tumore“) einer genozidalen Rhetorik bediente. Als größte indigene christliche Bevölkerungsgruppe wurden die überwiegend an den Küsten des Osmanischen Reiches siedelnden Griechen von den Machthabern als stärkste Bedrohung nationaler Sicherheit gesehen und entsprechend bereits seit 1913 Opfer von Deportationen und wirtschaftspolitischen Vernichtungsmaßnahmen, die die antijüdischen Restriktionen der Nationalsozialisten vorausnahmen: „Kauft nicht bei Christen!“ lautete die osmanische Variante des Boykottaufrufs. Denn die „Islamisierung“ der bis dahin nichtmuslimischen wirtschaftlichen Elite bildete für die jungtürkischen Machthaber neben der ethnischen Homogenisierung das Hauptziel ihrer Versuche, das zerfallende feudale Vielvölkerreich zu stabilisieren.

Keine deutsche Aufarbeitung bis heute

Es ist signifikant für die Versäumnisse insbesondere der deutschen Geschichtswissenschaft, dass die genauen deutschen Schuldanteile am jungtürkischen Genozid an den Armeniern und anderen christlichen Ethnien bis heute nicht aufgearbeitet wurden. Ist Deutschland nur die billigende Hinnahme der Verbrechen des osmanischen Verbündeten anzulasten oder waren darüber hinaus einzelne Deutsche Impuls- oder sogar Befehlsgeber für die mörderische Deportationspolitik verantwortlich? Vor allem unter den osmanischen Christen herrschte schon 1915 die Vorstellung, dass Deutsch-

land der eigentliche Urheber der jungtürkischen Deportationspolitik war. Wie auch andere, berichtete der Überlebende und Geistliche Grigoris Palakjan in seinen Memoiren, dass Generalfeldmarschall Wilhelm Leopold Colmar Freiherr von der Goltz (1843-1916) die dauerhafte Umsiedlung „von einer halben Million Armeniern in den grenznahen Provinzen Van, Bitlis und Erzurum“ nach Aleppo und Mesopotamien schon im Februar 1914 vorschlug: „Im Austausch sollen die Araber aus dieser Gegend in die russisch-türkischen Grenzgebiete umgesiedelt werden.“

Deutsches Schweigen aus strategischen Gründen

Als Hauptgrund deutscher Armeierfeindlichkeit sah Palakjan Deutschlands Abhängigkeit von der Türkei. Daher konnte es „(...) nicht freundlich zu den Armeniern sein, die mit Fürsprache der Westeuropäischen Mächte nach Autonomie, wenn nicht gar Unabhängigkeit strebten. Die deutsche Politik im Orient erforderte, dass Deutschland die Türkei benutzen musste, um die pan-islamische Bewegung für sich zu gewinnen, und um die Bagdadbahn bauen zu können und bis nach Indien zu gelangen (...).“ Für den besonders im konservativen deutschen Offizierskorps weit verbreiteten Armenierhass nennt Palakjan Antisemitismus: Sie „(...) sprachen oft von uns als christlichen Juden und blutsaugenden Wucherern des türkischen Volkes.“

Als der deutsche Sonderbotschafter zu Konstantinopel, Paul Graf Wolff von Metternich zur Gracht, am 7. Dezember 1915 dem Reichskanzler Bethmann Hollweg eine Revision der kritiklosen Türkeipolitik empfahl, um das internationale Ansehen Deutschlands zu retten, wies ihn der deutsche Regierungschef ab: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht.“

Deutschland profitierte von der Zwangsarbeit Tausender Armenier auf den als kriegswichtig geltenden Bau-

abschnitten der Bagdadbahn im Amans- und Taurosgebirge, wo die osmanische Heeresleitung der Firma Holzmann sowohl muslimische Deserteure, als auch armenische Deportierte, darunter Frauen und Kinder ab zwölf Jahren, zur Verfügung stellte. Männliche Erwachsene erhielten für ihre Arbeitsleistung von 12 Stunden täglich ein Pfund Brot; sie entgingen der Vernichtung freilich nur bis Anfang Juni 1916. Als Ersatz für die dann auf Befehl Talats massakrierten bzw. deportierten Armenier überstellte die Heeresleitung der Firma Holzmann fast verhungerte britische und indische Kriegsgefangene.

Offizielle Türkei: bis heute Geschichtsfälschung

Die offizielle Türkei bestreitet bis heute die Vernichtungsabsicht bei der Deportation der Armenier. Regierungsnaher Apologeten rechnen mit fragwür-

digsten Methoden die Opferzahlen herunter, indem z.B. verhungerte oder an Seuchen verstorbene Deportierte unberücksichtigt bleiben. Deutschland sekundiert dieser für die armenische Minderheit der Türkei brandgefährlichen Geschichtsverfälschung, in dem es sich hartnäckig weigert, die „Massaker und Vertreibung“ als Genozid entsprechend der UN-Konvention zu bewerten. Es übernimmt zugleich die offizielle türkische Behauptung, dass eine Tatsachenfeststellung auch nach Jahrzehnten internationaler Forschung noch immer ausstehe. Die Bundesregierung setzt damit eine hundertjährige deutsche Tradition des Schweigens und Verschweigens fort, denn im Ersten Weltkrieg wurde verschärfte Militärzensur über jegliche kritische Türkei- und Armenienberichterstattung verhängt.

Im Jahre 2015 haben viele deutsche Kirchen zum 100. Jahrestag des

Genozids Stellung bezogen und Medien berichten. Die Gesellschaft ist offensichtlich in dieser Frage viel weiter als die Bundesregierung sowie der deutsche Gesetzgeber; auf Anweisung der Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD sowie des Auswärtigen Amtes wurde der Begriff „Völkermord“ aus einer Beschlussvorlage der „GroKo“ gestrichen.

So ist es nicht verwunderlich, dass in den heutigen deutschen Schulgeschichtsbüchern der Genozid an Armeniern und anderen osmanischen Christen nicht stattfindet. Das stellt in der zunehmend von Einwanderungsgemeinschaften geprägten bundesdeutschen Gesellschaft nicht nur ein folgenreiches Versäumnis menschenrechtlicher Bildung dar, sondern setzt geschichts- und erinnerungspolitisch die falschen Akzente.

Der Artikel ist die gekürzte Fassung eines Beitrages in www.aixpaix.de (Projekt Münchhausen)

Flugblatt: Wussten Sie ...

von: Kurdisches Frauenbüro für Frieden CENI e.V.

Wussten Sie, dass viele Städte mit kurdischen Bürgermeistern in der Türkei immer mehr den Städten in Syrien und den Fotos aus Gaza gleichen?

Wussten Sie, dass Erdogan seit dem 7. Juni mit Panzern, Wasserwerfern, Granatbeschuss und Scharfschützen gegen die Zivilbevölkerung in den von KurdInnen bewohnten Gebieten vorgeht. Die prokurdische Demokratische Partei der Völker hatte seinen Traum vom Alleinherrscher-Präsidialsystem zum Platzen gebracht. Erdogan setzte daraufhin das Militär in Bewegung und hetzte einen faschistischen Mob gegen die Zivilbevölkerung und die Strukturen der Partei auf. Sein Ziel war die massive Einschüchterung der WählerInnen. Und doch ist die Demokratische Partei der Völker mit allen ihren Demokratie und Frieden fordernden Menschen in der Türkei über die 10 % Hürde gekommen.

Wussten Sie, dass heute mehrere große kurdische Städte und Bezirke unter Belagerung sind? Die Ausgangssperren seit dem 16. August andauern. Das wirtschaftliche und soziale Leben in der Region völlig zusammengebrochen ist. Die Kriegssituation hat die Menschen ohne Obdach, Wasser, Strom, Lebensmittelversorgung und Gesundheitsleistungen versetzt. Die Regierung Erdogans hat ebenso alle Internet- und Telefonverbindungen lahm gelegt.

Wussten Sie, dass 17 Ratsmitglieder verhaftet wurden, von denen 9 für schuldig gesprochen wurden und 15 weitere vom Dienst entlassen wurden?

Wussten Sie, dass 6.744 Menschen in den letzten 11 Monaten in Gewahrsam genommen wurden und 1285 davon festgenommen wurden?

Wussten Sie, dass 282 Frauen getötet wurden, 367 Frauen verletzt und 132 Frauen vergewaltigt wurden und das in den letzten 11 Monaten?

Wussten Sie, dass die Kurden in der Türkei einen demokratischen Autonomie ausgerufen haben? Das gleiche alternative System in Rojava seit 2011 aufgebaut wird?

Wussten Sie, dass die Regierung Erdogans selbst Medien manipuliert und bedroht, falls diese über diese Situation berichten? Dass allein 30 JournalistInnen verhaftet wurden, weil sie über die Gräueltaten informiert haben?

Wussten Sie, dass die europäischen Länder über die anhaltende ethnische Säuberung und Völkermord an den Kurden aufgrund wirtschaftlicher Interessen in der Türkei, schweigen?

WANN-WENN NICHT JETZT?

Niemand kann alles tun, aber jeder kann etwas tun.

Die Situation der KurdInnen in Kurdistan darf nicht übersehen werden, ihr Ruf nach Frieden darf nicht überhört werden. Unterstützen Sie den kurdischen Freiheitskampf und die Demokratie in der Türkei mit:

- der Teilnahme an den bundesweit organisierten Demonstrationen
- der Verurteilung des Massakern, dem Verbreiten der Situation über soziale Netzwerke
- Ausüben des diplomatischen Drucks an Politiker und NGO's, damit sie ihre Verantwortung übernehmen und Bezug auf die ethnische Säuberung und dersanhaltenden Genozids an Kurden nehmen

Quelle: ISKU.blackblogs.org / 21.12.2015

Eine neue "Gestaltungsmacht" im Nahen und Mittleren Osten

von der Redaktion „German Foreign Policy“, Berlin

Neuordnung per Krieg

Deutschland steigt mit seinem neuen Kriegseinsatz in Syrien, der auch Aufklärungsflüge über dem Irak vorsieht, zur "Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten" auf. Dies erklärte kürzlich Markus Kaim von der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik der vom Kanzleramt finanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Kaim zufolge ist der Einsatz der Bundeswehr keine kurze Intervention, sondern "über die nächsten Jahre" hin angelegt; Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) spreche "von zehn Jahren". In jedem Fall benötige man "strategische Geduld". Die militärischen Operationen seien dabei mit Bemühungen um "eine langfristige politische Neuordnung" verbunden. Deutschland verpflichte sich "im Verbund mit anderen Ländern - für lange Zeit militärisch und vor allem politisch" in der Region zu operieren. Dass Berlin mit einer "Ordnungsvorstellung" über einen langen Zeitraum intervenieren wolle, sei "neu für die deutsche Politik": "Das kannten wir so bisher nicht.

Einheimische Bodentruppen

Kaim benennt in einem kürzlich veröffentlichten Interview Eckpunkte der Berliner "Ordnungsvorstellung" für den Nahen und Mittleren Osten. Demnach kommt das internationale Militärbündnis gegen den "Islamischen Staat" (IS, Daesh) "an Bodentruppen nicht vorbei". Die Entsendung westlicher Heerestruppen stehe keinesfalls zur Debatte, erklärt Kaim, der dabei offenkundig den Einsatz einiger weniger Spezialeinheiten unberücksichtigt lässt, die schon jetzt im Krieg gegen den IS/Daesh operieren. "Eine gemeinsame Armee unter Führung der Arabischen Liga" sei zwar "grundsätzlich ... vorstellbar", im konkreten Fall aber wegen der Differenzen innerhalb der arabischen Welt über die Zukunft Syriens nicht zu realisieren. Deshalb bleibe nur die Möglichkeit, "lokale Kräfte auszurüsten": "Das sind auf syrischer Seite die Kurden und gemäßigte Rebellen,

auf irakischer Seite die Kurden und sunnitische Milizen." Die syrischen wie auch die irakischen Regierungstruppen zählt Kaim nicht dazu.

Ungleiche Unterstützung

Entsprechend operiert die Bundesregierung. Nach einem Irak-Besuch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Ende Oktober 2015 hat auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier Anfang Dezember das Land bereist und, wie zuvor seine Kabinettskollegin, erst der Regierung in Bagdad, dann der nordirakisch-kurdischen Regionalregierung in Erbil die Weiterführung der deutschen Unterstützung zugesagt. In der Praxis gestaltet sich Berlins Unterstützung allerdings sehr ungleich: Die nordirakisch-kurdische Regionalregierung bekommt umfangreiches Kriegsgerät und ausführliches Training für ihre Milizen ("Peschmerga"), während die irakische Regierung für die offiziellen Streitkräfte lediglich Schutzrüstung in recht beschränktem Umfang erhält. Man traue der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad nicht über den Weg, heißt es zur Begründung. In der irakischen Hauptstadt stößt die Ungleichbehandlung auf Protest: Mitte November stoppten die irakischen Behörden wegen angeblich falscher Ladepapiere zwei Transall-Flieger der Bundeswehr, die mit Bargeld und militärischem Material auf dem Weg nach Erbil in Bagdad zwischenlandeten. Die irakische Maßnahme rief heftige diplomatische Auseinandersetzungen hervor.

Geostrategische Differenzen

Hintergrund der Ungleichbehandlung sind geostrategische Differenzen. Die irakische Regierung verfügt über gute Kontakte zu Iran und auch zu Russland. Ende September gab ein Sprecher der irakischen Regierung bekannt, in Zukunft würden die Geheimdienste des Irak, Irans, Russlands und Syriens im Kampf gegen den IS/Daesh enger kooperieren: Man werde in einem gemeinsamen Ausschuss nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus-

tauschen und sie gemeinsam analysieren. Zwar werden deutsche Diplomaten mit der Aussage zitiert, die Geheimdienstkooperation finde "in wesentlich geringerem Umfang statt", als Moskau es wünsche; doch hat der irakische Außenminister Ibrahim al Jaafari kürzlich beim Besuch seines deutschen Amtskollegen offiziell bestätigt, im aktuellen Streit mit der Türkei um die nicht genehmigte Stationierung türkischer Panzer auf irakischem Territorium werde Bagdad, sollte der Westen sich der Sache nicht annehmen und die Türkei nicht nachgeben, Russland um Beistand bitten. Demgegenüber ist der Barzani-Clan, der die nordirakisch-kurdische Regionalregierung in Erbil dominiert, umstandslos zur Kooperation mit dem Westen bereit. Im Gegenzug erhält er umfassende Unterstützung aus Berlin.

Ein kalter Putsch

Dies ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen ist Masud Barzani seit einiger Zeit heftigen Protesten ausgesetzt. Er hätte eigentlich das Amt des Regionalpräsidenten nach zwei regulären Amtszeiten im Jahr 2013 aufgeben müssen. Im August 2013 verlängerte das Regionalparlament einmalig seine Präsidentschaft bis zum August 2015. Barzani beansprucht den Posten jedoch auch noch nach Ablauf dieser Frist für sich. Im Oktober 2015 kam es zu Massenprotesten gegen ihn und seine Partei KDP (Kurdistan Democratic Party), bei denen sechs Menschen ums Leben kamen. Der Präsident des nordirakisch-kurdischen Regionalparlaments, Yusif Mohammed Sadiq, darf seit dem 12. Oktober nicht mehr nach Erbil reisen, weil er Barzanis Amtsanmaßung öffentlich kritisiert. Beobachter schließen nicht aus, dass die Auseinandersetzungen in der nordirakisch-kurdischen Autonomieregion weiter eskalieren; viele Bewohner fühlten sich "an die Zeit kurz vor dem Ausbruch des kurdischen Bürgerkriegs in den neunziger Jahren erinnert", wird berichtet. Käme es zu Kämpfen, würden sie nach Lage der Dinge mit deutschen

Waffen ausgetragen - in einer Region, deren von Berlin unterstützter Präsident in einer Art kaltem Putsch illegal die Macht bei sich hält.

Die Eigenstaatlichkeit

Zum anderen haben der Barzani-Clan und die Regionalregierung in Erbil allen anderslautenden Bekenntnissen zum Trotz das Streben nach Abspaltung vom Irak und nach Eigenstaat-

lichkeit nie aufgegeben. Zwar hat Außenminister Steinmeier nach Gesprächen mit Barzani öffentlich gefordert, die staatliche Einheit des Irak müsse gewahrt bleiben. Hinter den Kulissen sind jedoch auch in Berlin andere Töne zu vernehmen. Die kurdischsprachige Bevölkerung des Nordirak habe "jetzt schon mehr Freiheiten und Selbstbestimmung, als die Verfassung des Irak es ihnen zubilligt", urteilte Günter Seu-

fert, ein Türkei- und Nahost-Experte der SWP: "Sie werden nicht zurückstrecken." Ihre "Eigenstaatlichkeit" werde sich "in den nächsten zehn Jahren deutlich weiterentwickeln". Nicht nur militärisch geschieht dies schon jetzt - in enger Anlehnung an die Bundesrepublik, die Erbil seit langer Zeit unterstützt und von einem neuen Staat "Irakisch-Kurdistan" entsprechende Loyalität erwarten könnte.

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Militärintervention in der Republik Jemen durch eine von Saudi-Arabien angeführte internationale Koalition

[...]

21. Bleibt die Bundesregierung auch angesichts des Krieges des Königreichs Saudi-Arabien und seiner Verbündeten gegen die Republik Jemen bei ihrer Einschätzung von Saudi-Arabien als „einer der wichtigsten Stabilitätsanker in der Region“?

Saudi-Arabien spielt als starke politische, wirtschaftliche und militärische Kraft auf der Arabischen Halbinsel eine wichtige Rolle bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Stabilität in der Region wieder herzustellen. Entsprechend eng muss Saudi-Arabien in politische Lösungen für die Krisen in der Region eingebunden werden. [...]

34. Inwieweit bleibt die Bundesregierung bei der Auffassung, dass die an Katar genehmigte Lieferung von 62 Leopard-2-Panzer und 24 Panzerhaubitzen im Wert von etwa 2 Mrd. Euro deshalb schon nicht problematisch wären, weil „[s]o ein Panzer ... ja nicht wie ein Kühlschrank [ist], wo

man den Stecker vom Kühlschrank in die Steckdose steckt und schon läuft der Kühlschrank. Sondern das sind hochdifferenzierte Produkte, die ein optimales Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine erforderlich machen“ und bis dieses Zusammenspiel bei den Streitkräften Katar erreicht sei, werde doch aller Voraussicht nach im Jemen nicht mehr so gekämpft, wie das momentan der Fall sei?

Die Frage gibt die Aussage des Sprechers des auswärtigen Amts verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen wieder.

Die gültige Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz für die Lieferung von 62 Panzern, 24 Panzerhaubitzen und anderen Rüstungsgütern nach Katar ist bereits 2013 erteilt worden. In einem gemeinschaftlichen Abwägungs- und Entscheidungsprozess hat die Bundesregierung alle Bedenken, Argumente und Optionen umfassend bewertet und gemeinsam entschieden, die Ausfuhren letztlich nicht aufzuhalten. Die katarische Regierung hat der Bundesregierung zugesichert, dass die erwähnten Rüstungsgüter nicht im Jemen zum Einsatz kommen werden. [...]

Quelle: Drucksache 18/6857 des Deutschen Bundestages vom 26.11.2015

Waffenexporte und “deutsche Verantwortung”

von Inge Höger, MdB Die Linke

Der nachfolgende Text ist die redaktionell gekürzte Fassung eines Beitrages beim 22. Friedenspolitischen Ratschlag in Kassel vom 5.12.2015

Deutschland liegt auf Platz acht bei den Ausgaben fürs Militär und hat sich seit einigen Jahren zu einem großen Waffenexporteur entwickelt, auch wenn die BRD inzwischen durch China von Platz drei auf Platz vier Weltmarktanteil bei den Rüstungsexporten verdrängt wurde. Die fünf größten Exporteure USA, Russland, China, Deutschland und Frankreich waren im Zeitraum von 2010 – 14 für 74 % der weltweiten Waffenlieferungen verantwortlich.

Waffenexporte: ein todsicheres Geschäft

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel wird nicht müde zu behaupten, er würde bei Rüstungsexporten genauer hinschauen und weniger Waffenverkäufe in Spannungsgebiete oder an Staaten genehmigen, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht missachten. Die SPD sah sich im letzten Bundestags-Wahlkampf zu diesem Versprechen veranlasst, weil ein Antrag zur Ausfuhr von Leopard-Panzern nach Saudi Arabien für Aufregung gesorgt hatte. Saudi Arabien war nicht nur wegen ständiger Verletzung der Menschenrechte, sondern auch aufgrund

der Aufstandsbekämpfung in Bahrain in Verruf geraten. Die gewünschten 200 Leopard II-Panzer wären sowohl zur Aufstandsbekämpfung im eigenen als auch in anderen Ländern geeignet. Die Kampagne „legt den Leo an die Kette“ war sehr erfolgreich, der Verkauf der Leopard-Panzer wurde erst mal auf Eis gelegt.

Augenwischerei bei Waffen-Exportgenehmigungen

Im Februar 2015 ließ Gabriel sich von verschiedenen Medien feiern, weil er angeblich weniger Rüstungsexporte genehmigt habe, als die Vorgängerregierung. Bei genauem Hinschauen wird



„Leo an die Kette“: Protest vor Hauptversammlung Rheinmetall am 14.5.2013, Foto: Uwe Hiks (Flickr)

aber schnell klar, dass es ein ständiges Auf und Ab gibt. 2015 wurden Einzelausfuhrgenehmigungen über 3,97 Mrd. und für die weniger transparenten Sammelausfuhrgenehmigungen von 2,55 Mrd. € erteilt. Zusammen gerechnet sind das Genehmigungen für Waffenexporte von 6,4 Mrd. €.

Rüstungsexporte sind Chef(innen)sache: Deutsche Regierungsdelegationen mit Rüstungslobby an Bord

(Zusammenstellung: Inge Höger)

- 2011 Angola, Golfstaaten u.a.
- 2010 Türkei / Saudi-Arabien / Katar/Vereinigte Arabische Emirate, Pakistan
- 2009 Algerien (2x), Saudi-Arabien
- 2008 Algerien, Saudi-Arabien / Vereinigte Arabische Emirate / Katar
- 2007 Ägypten, Bahrain, Kuwait, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate
- 2006 Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien / Oman /Vereinigte Arabische Emirate / Kuwait / Bahrain / Katar

In den letzten zehn Jahren lagen die Genehmigungen zwischen 6,2 Mrd. € in den Jahren 2004 und 2005 und 10,7 Mrd. € in 2011. Auch gingen die Genehmigungen für die Ausfuhr der tödlichen Kleinwaffen von 82,6 Mio. auf 47,4 Mio. € zurück, aber auch diese liegen immer noch über den Zahlen von 2004 bis 2006. Unter Wirtschaftsminister Gabriel sind die Genehmigungen für den Export tödlicher Waffen also kaum zurückgegangen. Tendenzen in die Gegenrichtung zeigt

der Rüstungsexportbericht für das erste Halbjahr 2015. Es wurden bereits Einzelausfuhrgenehmigungen über 3,5 Mrd. gegenüber 2,2 Mrd. € im ersten Halbjahr 2014 gewährt. Besonders problematisch ist, dass ein immer größerer Teil der Waffen in Drittländer geht – also nicht in die EU oder NATO oder gleichgestellte Länder wie Australien. Dazu kommt, dass Genehmigung und tatsächliche Ausfuhr in der Regel zeitlich auseinander fallen und über die tatsächlichen Ausfuhren kaum berichtet wird.

Allerdings waren die Rüstungsausgaben in den USA und innerhalb der EU seit 2009 aufgrund der Finanzkrise auf hohem Niveau ein wenig zurückgegangen. Zwischen 2010 und 2014 gingen die Beschaffungsausgaben in den europäischen NATO-Staaten um knapp 14 Mrd. US-\$ oder 23% zurück. In Deutschland wurde allerdings nie am Verteidigungshaushalt gespart, trotz gegenteiliger Ankündigungen nach den Bankenrettungsprogrammen.

Militärhaushalt in Deutschland:
 Jahr 2000: 23,1 Mrd. €
 Jahr 2008: 29,4 Mrd. €
 Jahr 2014: 34,4 Mrd. €

Die Steigerungsrate beträgt seit dem Jahr 2000 inflationsbereinigt fast 25%, einhergehend mit der Beteiligung an immer mehr Kriegseinsätzen in aller Welt. Der Rückgang der Rüstungsausgaben in der EU und den USA hat sich auf die Exporte der europäischen

und deutschen Rüstungsindustrie ausgewirkt. Die tatsächlichen Rüstungsexporte aus Deutschland sind zwischen 2010 und 2014 um 43 % gegenüber dem Zeitraum 2005 und 2009 zurückgegangen. In dieser Zeit wurde die deutsche Rüstungsindustrie von Platz 3 mit 10 % Anteil am weltweiten Waffentransfer auf Platz 4 mit „nur“ noch 5 % Anteil verdrängt. China produziert immer mehr Waffen sowohl fürs eigene Land als auch für den Export und steht nun auf Platz drei der weltweiten Waffenexporteure.

Verlagerung auf Abnehmer außerhalb der NATO

Insgesamt sind die USA, Russland, China, Deutschland und Frankreich nach wie vor für drei Viertel der weltweiten Waffenlieferungen verantwortlich. Allerdings gingen die Ausfuhrgenehmigungen in relevanten europäischen Rüstungsexportstaaten von 49 Mrd. € in 2009 auf immer noch 36,7 Mrd. € in 2013 zurück.

Die deutsche und die Europäische Rüstungsindustrie versuchen dies durch immer mehr Exporte in Drittstaaten, also Länder außerhalb der EU und der NATO auszugleichen. So konnten französische Konzerne ihre Rüstungsaufträge seit 2013 auf 15 Mrd. € in 2015 verdoppeln. Insbesondere Saudi-Arabien und andere Golfdespoten kauften in Frankreich ein, also Staaten die den Terror des „Islamischen Staates (IS)“, Al Nusra und anderer in Syrien und dem Irak gefördert haben.

Die wichtigsten Importeure schwerer Waffen, 2010-14

Quelle: SIPRI Yearbook 2015

Importeur und Weltmarktanteil	
1. Indien	15 %
2. Saudi-Arabien	5 %
3. China	5 %
4. Verein. Arab. Emirate	4 %
5. Pakistan	4 %
6. Australien	4 %
7. Türkei	3 %
8. USA	3 %
9. Südkorea	3 %
10. Singapur	3 %

Insbesondere Saudi Arabien und andere Golfstaaten haben in den letzten Jahren größere Bestellungen aufgegeben. Auch deutsche Waffenschmieden exportieren immer mehr

Waffen nach Nordafrika und in den Nahen Osten. Im Jahr 2014 waren nach Südkorea die Vereinigten Arabischen Emirate, Brunei, Algerien, Irak (sog. Ausstattungshilfe) und Saudi-Arabien die Hauptempfängerländer deutscher Waffen.

Die Kriege in Libyen und Syrien ebenso wie der Konflikt in der Ukraine haben die Geschäfte mit dem Tod wieder befeuert. Die Entwicklung neuer Waffensysteme lohnt aber für die Rüstungsindustrie nur, wenn sie anschließend große Stückzahlen herstellen und exportieren kann. Besonders günstig für das Geschäft mit dem Krieg ist die Bewahrung von Waffen im Einsatz. Krieg belebt das Geschäft. Auf Rüstungsmessen ist „Combat Proven“



Foto: Leopard 2A7+ auf der Waffenmesse Eurosatory, Quelle: AMB Brescia

(kampferprobt) ein Markenzeichen.

In Deutschland liegt der Anteil der Kriegswaffenausfuhr am Außenhandel bei etwa 0,1 bis 0,2 %. Volkswirtschaftlich gesehen ist dieses Geschäft deshalb vernachlässigbar. Aber für die einzelnen Waffenschmieden ist es natürlich lukrativ und vor allem sicher. Es geht in der Regel um langfristige Aufträge, die häufig auch noch durch Hermesbürgschaften abgesichert sind. Das Geschäft im Inland ist durch den Umbau der Bundeswehr und ihr Interesse an neuen für die Einsätze im Ausland geeigneten Waffen gesichert.

Exporte werden bei Entwicklungen für die Bundeswehr in der Regel gleich mit zugesagt, damit die Stückzahlen sich rechnen. Und die Bundesregierung genehmigt vor allem gerne Geschäfte mit potentiellen Bündnispartnern und nimmt darüber auch politisch Einfluss. Da das Geschäft mit EU- und NATO-Partnern zurückgegangen ist, wird ver-

mehrt an angeblich verlässliche Partner in Drittländern geliefert.

Bereits im Sommer 2011 verkündete das Auswärtige Amt noch unter Außenminister Westerwelle seine neue Nordafrikastrategie:

„In Ländern, in denen die inneren Voraussetzungen für Veränderungen nicht gegeben sind [...] behält verantwortliche Außenpolitik stets die Gesamtheit deutscher Interessen im Auge. In zu treffende Abwägungen müssen Stabilitätserwägungen und Bedrohungen mit eingehen.“

In Afrika ist die Bundeswehr seit Jahren mit zahlreichen Ausbildungsmissionen unterwegs. Trainingsmissionen in Mali, Somalia, Burundi usw. sind häufig die Grundlage für spätere Waffengeschäfte, weil Polizei und Armee ja an diesen Waffen ausgebildet wurden. Mit dem Argument notleidenden Armeen helfen zu müssen, wird das Tabu von Rüstungslieferungen an Entwicklungsländer ausgehebelt. Schon seit Jahren kritisiert die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung in ihren Rüstungsexportberichten die zunehmenden Waffenlieferungen an Entwicklungsländer. 2013 sind Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 1.750 Millionen € an Länder erteilt worden, die Entwicklungshilfe bekommen. Das waren fast 30 % aller erteilten Einzelgenehmigungen.

Waffenlieferungen in die Golfstaaten als Strategie

Die neue Strategie der Lieferungen an die Golfstaaten begründete Kanzlerin Merkel in einer Grundsatzrede beim Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung im Sept. 2011:

„Wenn wir davor zurückschrecken, selbst in einen Konflikt einzugreifen, dann reicht es in der Regel nicht an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutigung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereits sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich, das schließt auch den Export von Waffen mit ein.“

Der Spiegel berichtet daraufhin über „Merkels geheime Rüstungs-Deals“, die

bedeuten „Deutsche Waffen für die Welt“. Dies wird inzwischen von vielen die Merkel Doktrin für Waffenexporte genannt. Der Kern dieser Doktrin lautet: Anstatt selbst zu kämpfen, sollen die Deutschen ihre Verbündeten lieber mit Waffen beliefern. Auch wenn es sich bei den Verbündeten um Diktaturen handelt. Regierungssprecher Steffen Seibert ergänzte Ende 2012: „Saudi Arabien ist aus unserer Sicht durchaus ein Stabilitätsfaktor in der Region“. Saudi Arabien wurde zu einem großen Abnehmer deutscher Waffen:

Exportgenehmigungen an Saudi-Arabien:
2012: 1237 Mio. €
2013: 361 Mio. €
2014: 209 Mio. €

Das Land wird mit gepanzerten Fahrzeugen, Patrouillenboote und Flugkörpern beliefert. Algerien bekommt Fregatten und noch eine Fabrik von Rheinmetall zur Herstellung von Fuchs-Transportpanzer, Katar Kampfpanzer und Panzerhaubitzen, U-Boote gehen an Israel, Südkorea und Ägypten. Auch die Türkei wird als NATO-Mitglied regelmäßig beliefert.

Alle Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte, von Kohl über Schröder bis Merkel, haben Waffen in alle Welt geliefert. Auch an Diktatoren und auch in Kriegs- und Krisengebiete. Ganz aktuell bombardiert Saudi Arabien, der wichtigste arabische Verbündete des Westens, den Jemen. Dabei kommen nicht nur amerikanische, sondern auch deutsche Waffen zum Einsatz. Auch der „IS“ und die al-Kaida nahe al-Nusra-Front werden mit Geldern und Waffen von den Saudis und aus Katar bei ihrem Krieg im Irak und in Syrien unterstützt.

Wenn Deutschland wirklich mehr Verantwortung übernehmen will, dann sollte die Bundesregierung sich für eine Welt ohne Krieg und für zivile Krisenprävention einsetzen. Rüstungsexporte müssen verboten und die Aufrüstung der Bundeswehr beendet werden. 4,5 Mrd. \$ fehlen für die Nahrung und Versorgung der Flüchtlinge aus Syrien in den Nachbarländern. 4,3 Mrd. € kostet die Beschaffung der 350 Stück des Schützenpanzers PUMA die Bundesregierung.

Seit 100 Jahren wird Deutschland am Hindukusch verteidigt

von *Matin Baraki, Universität Marburg*

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts waren in Deutschland die Kenntnisse über Afghanistan so ungenau, dass das Land als nordöstlicher Teil Irans bezeichnet wurde und weder ökonomisch noch militärisch-strategisch für Deutschland von großer Bedeutung war. Wegen seiner geostrategischen Lage, vor allem hinsichtlich Britisch-Indien, wurde Afghanistan dann aber fester Bestandteil der Außen- und Militärpolitik des deutschen Imperialismus. Mit der Hentig/Niedermayer-Expedition 1914/15 nach Afghanistan, die - vergebens - Afghanistan als Verbündeten Deutschlands gegen Britisch-Indien im Ersten Weltkrieg gewinnen wollte, entstanden die Grundlagen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern, die kontinuierlich bis 1978 fortentwickelt wurden.

Deutsche Industrie- und Handelskreise initiierten 1923 die "Deutsch-Orientalische Handelsgesellschaft", die 1925 in "Deutsch-Afghanische Compagnie" umbenannt wurde. Mit keinem anderen Land schloss Afghanistan in den darauf folgenden Jahren solche Wirtschafts- und Handelsverträge ab wie mit Deutschland. Deutsche Fachleute und Berater wurden in Staat, Wirtschaft und Armee Afghanistans eingesetzt und versuchten, ihren Einfluss dafür zu nutzen, die afghanisch-sowjetischen Beziehungen negativ zu beeinflussen und Afghanistan zur Aufgabe seiner neutralen außenpolitischen Position zu bewegen.

Seine geostrategischen Bedeutung - an der Grenze zur UdSSR und zu Britisch-Indien - war fester Bestandteil der militärischen Konzeption Deutschlands im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs. Der deutsche Imperialismus trieb seine Expansionspolitik auf wirtschaftlichem, militärischem und kulturpolitischem Gebiet in Afghanistan voran.

1936 erteilte Afghanistan der "Afghanischen Minengesellschaft Berlin", gegründet auf Initiative der Deutschen Bank mit Unterstützung des Reichsaußen- und Wirtschaftsministeriums eine Konzession zur Erforschung, Verarbeitung und Verwertung der Mineralvorkommen in Afghanistan. Die Deutschen waren auch am Ausbau der von der sowjetisch-afghanischen Grenze

ins Innere des Landes führenden Straße interessiert, angeblich um die deutsch-afghanischen Warenlieferungen über die UdSSR zu erleichtern. Es ging jedoch in Wirklichkeit darum, nach einem militärischen Sieg Deutschlands über die UdSSR Britisch-Indien über Afghanistan erreichen zu können.

Die BRD und Afghanistan

1950 erhielt Afghanistan den ersten Handelskredit von der BRD, 1951 wurde die afghanische Handelsvertretung in München gegründet und ein Jahr später kam es zum ersten Warenaustauschabkommen nach dem Krieg. Afghanistan sollte in erster Linie landwirtschaftliche Erzeugnisse liefern, während die BRD vor allem Produkte des Maschinenbaus und der Elektrotechnik nach Afghanistan ausführte.

So wirkten in den 50er Jahren bundesdeutsche Berater an einem umfassenden afghanischen Industrialisierungsplan mit und die technischen Ausrüstungen für Fabriken usw. wurden, bis auf wenige Ausnahmen, in der BRD bestellt.

Der erste bürgerliche Regierungschef Muhammad Yussuf leitete mit seinem Amtsantritt im Jahre 1963 eine Wende in der afghanischen Außenpolitik ein. Sein Kabinett bestand ausnahmslos aus im Westen ausgebildeten Technokraten, allein vier Minister hatten in der BRD studiert. Damit erfolgte eine Abkehr von den traditionell guten Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR und der seit langem bewährten Blockfreiheit afghanischer Außenpolitik.

Auch als Afghanistan 1973 Republik wurde und die Anerkennung der DDR zu den ersten außenpolitischen Maßnahmen der neuen Regierung gehörte, änderte sich an der BRD-Afghanistanpolitik bis 1978 wenig. Bonn blieb darauf bedacht, mit seiner Entwicklungshilfe dem südlichen Anrainerstaat der UdSSR zu einem möglichst großen politischen Handlungsspielraum gegenüber den RGW-Staaten zu verhelfen und eine Stärkung der westlichen Position in Mittel/Südasiens zu erreichen. Diesem Bestreben sind einige von der Bundesrepublik geförderte

Projekte zuzuordnen, allen voran die Polizei- und Geheimdienstausbildung.

Es ging auch den offiziellen BRD-Entwicklungsträgern darum, im Hinblick auf die DDR die außenpolitische Reputation und Einflussnahme, vor allem aber die langfristigen wirtschaftlichen Interessen der BRD zu wahren. Neben der Instrumentalisierung der Wirtschaftshilfepolitik als Strategie im Kalten Krieg durfte aber auch die vergleichsweise geringe Profitabilität des Afghanistanengeschäfts ein Grund für die geringe Effizienz der BRD-Projekte in Afghanistan gewesen sein. Ebenso eine Rolle spielte auch die weit verbreitete eurozentristische Arroganz deutscher Experten vor Ort gegenüber den einheimischen Partnern.

Dies alles führte dazu, dass das Gros der bundesdeutschen Entwicklungsprojekte scheiterte, sei es im Bildungswesen, in der Produktion oder im Sicherheitsbereich.

Kontinuität unter veränderten Bedingungen

Die Aprilrevolution 1978 in Afghanistan wurde zum Prüfstein für die Beziehungen zur westlichen Welt. Obwohl Kabul sein Interesse an weiterer Entwicklungshilfe u.a. aus den USA und der BRD bekundete, ließen diese Länder ihre Beziehungen zu Afghanistan abkühlen. Nicht zuletzt infolge dieser Politik war die afghanische Regierung darauf angewiesen, stärker als vorgesehen die sozialistischen Länder um Hilfe zu ersuchen, was in der BRD mit Besorgnis registriert wurde.

Nachdem die politischen Konturen des neuen Afghanistan deutlicher sichtbar wurden, ging man auf Distanz und versuchte, das Land zu isolieren. Die Entwicklungshilfe wurde zunächst verzögert und später für unbestimmte Zeit ausgesetzt; auch am ersten Fünfjahresplan nach 1978 wollte sich die BRD nicht mehr beteiligen.

Die BRD und die Mujahedin

Nachdem die BRD Afghanistan für sich als verloren angesehen hatte, verlagerte sie ihr politisches und ökonomisches Engagement stärker auf Pakistan und auf die afghanischen Mujahedin. Das Regime des Diktators Zia ul

Haq in Pakistan wurde mit einem umfangreichen Sonderprogramm unterstützt; auch die offiziellen Leistungen der BRD an die Mujahedin liefen über Pakistan. Selbst im humanitären Bereich vollzog die Afghanistanpolitik der BRD eine Kehrtwende. Obwohl die Menschenrechtsorganisation Amnesty International die Lage in Afghanistan 1995 als "Menschenrechtskatastrophe" einschätzte, änderte sich die bundesdeutsche Asylpolitik nach der Machtübernahme durch die Mujahedin dramatisch: Wurden bis 1992 Afghanen ohne weiteres als "politisch Verfolgte" anerkannt, tendierte die Anerkennungsquote danach gegen Null.

„Kritischer Dialog“ mit den Taliban

Von 1978 an erfreuten sich die Mujahedin einer beträchtlichen Sympathie in der BRD. Deren Führer wurden von bundesdeutschen Politikern wie Franz-Josef Strauß, Helmut Kohl und Willy Brandt empfangen. Vor allem aber erhielten sie finanzielle, politische und logistische Unterstützung aus dem Budget des Auswärtigen Amtes, die entweder als humanitäre Hilfe deklariert oder aber über pakistanische Kanäle geleitet wurde. Die meisten islamistischen Gruppierungen Afghanistans unterhielten in Bonn Büros für ihre politisch-propagandistischen Aktivitäten.

Ab 2001: Mit Diplomatie zum Kriegseinsatz

Nach dem 11. September 2001 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Und die NATO erklärte umgehend den Bündnisfall. Jedoch nahm die US-Regierung weder die NATO noch die Solidarität der BRD in Anspruch, sondern bombardierte Afghanistan nur mit ihrem britischen Vasallen.

Die Bundesregierung war jedoch darauf orientiert, sich unbedingt militärisch in Afghanistan zu engagieren. Nach dem völkerrechtswidrigen Krieg 1990 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wollte man auch außerhalb Europas militärisch Flagge zeigen. Afghanistan bot sich als ausgezeichnete Türöffner geradezu an. Denn das Taliban-Regime war sowohl national als auch international völlig isoliert. Durch ein Engagement in Afghanistan hatte die Bundesrepublik nichts zu verlieren, sondern konnte sowohl als Vorreiter gegen den internationalen Terrorismus auftreten als auch die Chance nutzen in einer geopolitisch brisanten Region militärisch Fuß zu fassen. Als diese Strategie misslungen war, wurde die diplomatische Variante ins Spiel gebracht. Die Bundesregierung wurde zur Orga-

nisation der UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans beauftragt. Die Ende November 2001 auf dem Petersberg bei Bonn stattfand. Die Stunde für die BRD, sich militärisch in Afghanistan zu engagieren, war doch noch gekommen, als die Konferenzteilnehmer die ISAF-„Schutztruppe“ beschlossen, die zunächst für die Sicherheit Kabuls eingerichtet und schrittweise auf weitere Teile des Landes ausgedehnt wurde.

Irak-Krieg: Machtpolitische Manöver Deutschlands

Im Gegensatz zu Afghanistan stand in Irak für die Bundesrepublik sehr viel auf dem Spiel: Die langjährigen relativ guten Beziehungen zu den arabischen Ländern, die deutsche Ölversorgung aus der Region und das Ansehen der BRD in den islamischen Ländern insgesamt hätten bei einer Beteiligung an der „Koalition der Willigen“ großen Schaden genommen. Innenpolitisch entwickelte sich eine in den letzten Jahren nie da gewesene Friedens- und Antikriegsbewegung am Vorabend der Bundestagswahlen 2002, somit konnte Schröder durch eine Eingehen auf die in der Bevölkerung vorhandenen Friedenswünsche seine schon verloren gesehene Wiederwahl sichern. All dies war im Falle eines Krieges gegen den Irak an der Seite der ungeliebten USA in der arabisch-islamischen Welt mit zu berücksichtigen.

Afghanistan: Die Armen sollen im Land bleiben

Anfang des Monats fand in Berlin die Afghanische Kulturwoche statt. Gleichzeitig wurde das hundertjährige Jubiläum der deutsch-afghanischen Freundschaft gefeiert. Aus diesem Grund reiste der afghanische Präsident Ashraf Ghani persönlich in die deutsche Hauptstadt. Während Ghanis Rede mit Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde allerdings schnell deutlich, dass Kultur an diesem Tag nur eine Nebenrolle spielen wird. Stattdessen ging es um die Sicherheitslage in Afghanistan und um all jene Menschen, die aus dem Land am Hindukusch tagtäglich fliehen und auf eine bessere Zukunft in anderen Ländern hoffen, zum Beispiel in Deutschland.

Seit einiger Zeit deutet die deutsche Bundesregierung an, dass Flüchtlinge aus Afghanistan, die in Europa nach Geflüchteten aus Syrien weiterhin an zweiter Stelle stehen, nicht erwünscht seien. Der Tenor in Berlin ist weiterhin eindeutig: Zu viel Entwicklungshilfe sei in das Land geflossen, weshalb es nicht sein könne, dass Deutschland weiterhin Afghanen aufnehmen müsse. Dabei werden die gegenwärtigen Zustände am Hindukusch weiterhin ignoriert. [...]

Zudem spielt die NATO im Land weiterhin eine eskalierende Rolle. Die Berichte von US-amerikanischen Drohnen-Angriffen nehmen kaum ab. []

Der Krieg ist in Afghanistan überall alltäglich, weshalb die massiven Fluchtwellen nachvollziehbar sind. Die Schlangen vor dem Passamt in Kabul sind weiterhin lang. Täglich stellt die Behörde Tausende von Pässe (laut letzten Angaben 6000 pro Tag) aus, die viele Menschen benötigen, um das Land anfangs über legale Wege, etwas über den Iran oder Pakistan, zu verlassen

Da viele Afghanen sich Deutschland als Ziel ausgesucht haben, versucht die deutsche Regierung seit einigen Wochen, dem mittels einer Propagandakampagne auf den Straßen großer Städte sowie in den Sozialen Netzwerken entgegenzuwirken. [...] Bei genauem Hinsehen wird deutlich, dass zahlreiche Mitglieder der afghanischen Polit-Elite ihre Familien schon längst ins sichere Ausland geschafft haben, während sie den unteren Schichten weiterhin predigen, im von Krieg heimgesuchten Land zu bleiben. An oberster Stelle hierfür steht wohl der gegenwärtige Präsident höchstpersönlich.

Quelle: *Telepolis.de (Emran Feroz) / 25.12.2015*

Saudi-Arabien und Katar: Terror-"Paten" isolieren

Interview mit Otto Jäckel, Vorsitzender IALANA

FJ: Als Vorsitzender der IALANA haben Sie den Vorschlag in die Friedensbewegung eingebracht, eine Kampagne zur politischen Isolierung der Terror-"Paten" im Nahen Osten vorzunehmen. Welche Länder sollten dazu im Fokus stehen?

Ich denke dabei vor allem an Saudi-Arabien und an Katar.

FJ: Zu Saudi-Arabien: Kurz vor Weihnachten wurde in dem Rüstungsbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, einem Arbeitsverbund der beiden christlichen Konfessionen, vor allem die Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien angeprangert. Zuvor ging auch bereits der BND auf Distanz zu der von der Bundesregierung postulierten Sichtweise Saudi-Arabiens als "Anker der Stabilität" im Nahen Osten. Das heißt: Es ginge doch wohl eher um eine Delegitimierung der deutschen Politik im Nahen Osten?

Zunächst geht es mir um die Abkehr von dem großen politischen Irrtum, der jahrelang die herrschende Politik bestimmt hat, wonach die Feinde unserer Feinde unsere Freunde sind. Nach diesem Grundsatz haben deutsche Bundesregierungen an der Seite der amerikanischen Verbündeten und gemeinsam mit Saudi Arabien, Katar und Pakistan jahrelang die Linksregierung in Afghanistan bekämpft.

Die Möglichkeiten Saudi Arabiens und Katars, auf die muslimische Bevölkerung Afghanistans Einfluss zu nehmen, wurden dabei genutzt. Saudi Arabien und Katar bauten und finanzierten tausende von Koranschulen im pakistanischen Grenzgebiet und erfanden gemeinsam mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI die Taliban; eine mit wahhabitischen Vorstellungen saudischer Prägung versehene bewaffnete Aufstandsbewegung, die es dort zuvor nie gegeben hatte. Nachdem man den Tiger Sowjetunion in Kabul erfolgreich beim Schwanz gepackt und mit Hilfe der Islamisten in die Knie gezwungen hatte, wurde man das Schreckgespenst der Taliban nicht mehr los. Seit 2001 führt Deutschland am Hindukusch gegen sie einen verlorenen Krieg. Die Saudis und Katar spielen nun auch eine entscheidende Rolle im Bürgerkrieg in Syrien. Wiederum setzt der Westen auf sie als Verbündete, weil es gegen den gemeinsamen Feind geht: Assad als Verbündeter Russlands und Irans. Der von den Saudis und Katar exportierte Islamismus, der den IS hervorgebracht hat, wird dabei in Kauf genommen; ein fataler Fehler. Saudi Arabien und Katar stellen für mich die reaktionärsten Regime auf dem Globus dar. Ihre Könige, die ihre absolute Macht auf das von ihnen angeeignete Erdöl stützen, regieren als absolute Feudalherren. Parteien und Gewerkschaften sind verboten. Die Mitglieder ihres eigenen Volkes

Parlament, unabhängige Gerichte und eine freie Presse gibt es nicht. Frauen sind nahezu rechtlos. Wer nicht ihre religiösen Vorstellungen teilt, lebt in der Gefahr, als Ungläubiger geköpft zu werden. Ihre Politik gegenüber Frauen und Andersgläubigen kann man mit der Apartheidpolitik der früheren Machthaber in Südafrika vergleichen. Sie stellen eine Gefahr dar, weil sie den religiös motivierten Terrorismus exportieren. Sie sollten international politisch isoliert werden, damit ihre Völker die Chance erhalten, sich selbst eine Verfassung zu geben und ihre Regierung zu wählen und die Quelle des vermeintlich religiös motivierten Terrorismus verstopft wird.

FJ: Eine spezielle Frage zu Katar: Das Thema Fussball-WM 2022 ist zwar sicherlich kein spezifisches Thema für die deutsche Politik, sehr wohl aber die Aktienanteile von Qatar und den Emiraten bei Volkswagen und anderen deutschen Unternehmen. Die Frage ist: Werden hier noch wesentlich mehr wirtschaftliche Interessen deutscher Konzerne berührt, als dieses bei den Rüstungsexporten der Fall ist?

Die Beteiligung des Finanzfonds der katarischen Regierung an Firmen wie Porsche und an Luxemburger Banken führt sicher zu wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen und daraus resultierenden Rücksichtnahmen. Die Feudalherren am Golf sind nicht nur wichtige Kunden im Rüstungsgeschäft, sondern auch finanzkräftige Teilhaber. Ich meine, es sollte nicht nur der Rüstungsexport an den arabischen Golf gestoppt werden, auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Terrorpaten sollte stigmatisiert werden. Auch der Sport kann jedoch eine wichtige Rolle für einen gesellschaftlichen Wandel auf der arabischen Halbinsel spielen. Der Emir von Katar setzt gezielt den Sport ein, um für sein Regime zu werben. Die Aspire Sports Academy in Doha ist eine der weltweit größten Trainings- und Wettkampfstätten für Spitzensportler. In Katar werden Tischtennis-, Box- und Motorradweltmeister-



Sketch zu PR-Maßnahmen für Saudi-Arabien aus der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 8.12.2015 (Screenshot), Quelle: YouTube

können sich allenfalls als Bittsteller an sie wenden. Ein vom Volk gewähltes

schaften ausgetragen. Die Katar-Rundfahrt Ende Januar ist der jährliche Aufgalopp der Radprofis. Die Turn-Weltmeisterschaften 2018, die Leichtathletikweltmeisterschaften 2019 und die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 sind die nächsten Großereignisse.

F.J.: Die 66.000-Euro-Anzeige in der FAZ sowie die von Saudi-Arabien proklamierte "Anti-Terror-Allianz" zeigen, dass sich die politischen Führer dieses Landes in der Defensive sehen und die Zeit reif ist für eine Kampagne in dem von Ihnen vorgeschlagenen Sinne. Welche konkreten ersten Schritte könnten dazu in diesem Jahr von der Friedensbewegung erfolgen?

Ich finde, wir sollten eine breit angelegte politische Diskussion in der Frie-

densbewegung, in Kirchen, Gewerkschaften und Sportvereinen und in der politischen Öffentlichkeit initiieren, in der wir die Rolle der Könige und Emire am Golf als unsere politischen Verbündeten und „Garanten für Stabilität“ im Nahen und Mittleren Osten infrage stellen. Der Frieden in Zentralasien kann nur wieder hergestellt werden, wenn der militärische Schutz für die korrupten Vertreter der Nordallianz, die in Kabul an der Macht gehalten werden, aufgegeben wird und der Weg in Afghanistan frei gemacht wird für einen von den Afghanen selbst organisierten nationalen Interessenausgleich und Aussöhnungsprozess aller ethnischen, weltanschaulichen und religiösen Kräfte. Ebenso gilt dies für den Irak und Syrien: Der Zulauf für den IS wird dort vor allem gespeist

aus den ehemaligen Offizieren, Soldaten und Verwaltungskräften der früheren sunnitischen Eliten im Irak, die seit der Auflösung der irakischen Armee und Verwaltung 2003 für sich und ihre Familien keine Zukunft mehr sehen. Für sie muss es im Irak wieder eine Perspektive geben. Vor allem aber muss die Heuchelei beendet werden, die darin besteht, dass man dem IS den Krieg erklärt, die Regime in Riad und Doha aber als gesellschaftsfähig behandelt. Bei ihnen sollte man keinen Urlaub machen. Was sie zu verkaufen haben, gibt es auch woanders. Und für Sportveranstaltungen ist fast jeder Ort auf der Welt besser als bei ihnen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

»Berlin ist im Jemen indirekt Kriegspartei«

Diktaturen am Golf nehmen mit Staatsfonds Einfluss in Europa. Ein Gespräch mit Sevim Dagdelen

Interview: Karin Leukefeld **Vorspann**

Sevim Dagdelen ist Abgeordnete der Partei Die Linke im Bundestag. Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss begleitete sie kürzlich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bei einem Besuch in Saudi-Arabien.

Saudi-Arabien hat im März 2015 einen Luftkrieg gegen seinen südlichen Nachbarn Jemen begonnen. Was ist der Hintergrund dieser Aggression?

S.D.: Saudi-Arabien positioniert sich mit Hilfe der USA und auch Deutschlands als Regionalmacht. [...]

Sie haben dazu eine kleine Anfrage (18/6637) an die Bundesregierung gestellt, die Antworten fallen eher allgemein aus. Warum scheut man sich, Akteure und Verantwortliche beim Namen zu nennen?

S.D.: Die Bundesregierung ist über ihre Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar indirekt Kriegspartei im Jemen. Deshalb hält man sich auffallend zurück. Saudische Kriegsverbrechen, wie die Bombardierung von UN-Flüchtlingslagern werden weder benannt noch kritisiert. [...]

In der kleinen Anfrage geht es um die Rolle deutscher Außenpolitik und Waffenlieferungen, die humanitäre Situation, die Zerstörung von Kulturgütern und um die Golfstaaten. Sie fragen auch nach Aktivitäten von nationalen Staatsfonds (Saudi-Arabien, Katar, Abu Dhabi) in Deutschland und in der EU. Warum ist dieser Aspekt wichtig?

S.D.: Die Diktaturen am Golf nehmen mit ihren politischen Staatsfonds Einfluss in Europa, insbesondere in Deutschland. Diese Beteiligungen sind der Schlüssel zur Beantwortung der Frage, warum die Bundesregierung in diesen ver-

brecherischen Regierungen am Golf ihre treuesten Verbündeten in der Region sieht und warum man bei saudischer Förderung militanter Salafisten in Europa, gerne wegschaut.

Sie sprechen auch Al-Qaida und den sogenannten Islami-schen Staat an. Geld aus den Vereinigten Arabischen Emiraten ist offenbar – über jemenitische Stämme – an Al-Qaida weitergeleitet worden. Auf diesen Komplex verweigert die Bundesregierung eine Antwort mit Verweis auf »Gründe des Staatswohls«. Wie interpretieren Sie diese Geheimhaltung?

S.D.: Al-Qaida fungiert in Teilen als Bodentruppe der saudischen Kriegskoalition. Im Südjemen haben sie bereits große Teile der Region übernommen. Nach der Eroberung der südjemenitischen Hafenstadt Aden durch die saudische Kriegskoalition wurde als erstes die katholische Kirche durch Al-Qaida-Terroristen gebrandschatzt. Es gibt zudem Medienberichte, dass Al-Qaida und der IS im Jemen kooperieren. Für den Fall, dass dies stimmt, wäre eine Unterstützung Saudi-Arabiens, das ja Al-Qaida fördert, mit deutschen Waffen, quasi eine indirekte Unterstützung für den IS.

Was ist Ihrer Ansicht nach erforderlich, um Frieden im Jemen wiederherzustellen? Was kann Deutschland dazu beitragen?

S.D.: Wenn die Bundesregierung etwas für den Frieden tun wollte, würde sie die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar einstellen. Wenn der Krieg mit deutscher Unterstützung so weiter geht, ist es nur eine Frage der Zeit, wann sich die fünf Millionen Binnenflüchtlinge im Jemen nach Europa aufmachen. Die Golfdiktaturen müssen gedrängt werden, ihre Unterstützung von Al-Qaida und IS aufzugeben. Deutschland kann einen Friedensprozess wirtschaftlich fördern.

Quelle: Junge Welt, 15.12.2015

Nachlese zum 22. Friedenspolitischen Ratschlag



Foto: Eröffnungsplenum mit Anne Rieger, Foto: Friedensjournal

Der 22. Friedenspolitische Ratschlag in der Universität Kassel stand im Zeichen des zuvor vom Bundestag in Lichtgeschwindigkeit beschlossenen Eintritts der Bundeswehr in den Krieg in Syrien. »Krieg als Mittel gegen den IS verschlimmert die Lage vor Ort und birgt die Gefahr, dass terroristische Angriffe sich ausbreiten«, sagte Anne Rieger, Ko-Sprecherin des Bundesausschusses Friedensratschlag, zur Eröffnung. Ihr »Wir sagen Nein! Keine deutsche Kriegseteiligung!« fand starken Zuspruch unter den diesmal fast 450 Teilnehmern, der bisher höchsten Zahl in der 22-jährigen Ratschlagsgeschichte. Peter Strutynski, im September leider viel zu früh verstorbener Gründer, Inspirator und Organisator der Ratschläge, hätte seine wahre Freude gehabt am voll besetzten Saal. Zu seiner Ehrung erhoben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute. Der Ratschlag, der sich immer als Ideengeber für friedenspolitische Aktionen verstand, bot auch diesmal wieder ein reichhaltiges Spektrum von Themenfeldern an, die in fünf Plenarvorträgen und 32 Workshops analysiert und diskutiert wurden.

Norman Paech, emeritierter Professor für Verfassungs- und Völkerrecht, setzte sich mit dem »Glanz und Elend der UNO« auseinander. Von Beginn an sei das Völkerrecht im Syrienkrieg »völlig beiseite« gelassen worden, sagte er. Dieser »völkerrechtswidrige Krieg« in Syrien sei jedoch nicht Schuld der UNO, sondern die der Staaten. Die UNO sei alternativlos. Oder solle man die Aufgaben an NATO und EU abgeben, fragte er – um sogleich mit einem klaren Nein zu antworten. Paech referierte seine just am Vortag für die Linksfraktion fertiggestellte Analyse des deutschen Einsatzes im Syrienkrieg. Die Begründun-

gen der Bundesregierung für den Kriegseintritt seien »vollkommen falsch«, so der Verfassungsrechtler. Der UN-Sicherheitsrat habe lediglich nichtmilitärische Maßnahmen nach Artikel 41, nicht jedoch militärische Maßnahmen nach Artikel 42 der UN-Charta erlaubt. Der Bundeswehreininsatz in Syrien sei »verfassungsrechtlich widrig«.

Aus dem Vortrag der freien Journalistin Karin Leukefeld, seit 15 Jahren Nahost-Korrespondentin auch für die junge Welt, ist hervorzuheben, dass sie Hoffnung in Syrien wahrnimmt. Es gebe Dinge, die man hier nicht höre, sagte sie. So gebe es örtliche Versöhnungskomitees in Syrien, die bereits 40 lokale Waffenstillstände ausgehandelt hätten. Leukefeld gibt einen UN-Vertreter in Syrien mit der Einschätzung wieder, dass, wenn die Syrer selber miteinander verhandeln könnten, sie binnen sechs Monaten zu einer Einigung finden würden. Die ausländische Einmischung hindere sie jedoch daran. Als konkreten Schritt empfahl Leukefeld, dass die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Damaskus aufnehmen solle, denn schließlich sei der Vertreter der syrischen Regierung auch der anerkannte Vertreter in der UNO. Sie forderte die Aufhebung der EU-Wirtschaftssanktionen, denn davon sei nur einseitig die syrische Regierung betroffen; die Öl-Sanktionen gegenüber der syrischen Opposition seien aufgehoben.

Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, referierte über die innergewerkschaftliche Debatte zur Konversion und Diversifikation von Rüstungsproduktion, die einen Aufschwung nehme.

Es sei »Druck im Kessel bei der Friedenspolitik«. Er erfreute das Ple-

num mit der Feststellung: »Die IG Metall war und ist Teil der Friedensbewegung«. Der Export von Kriegsgeräten müsse eingeschränkt werden, so der IG-Metaller. Zwar sei der Kriegswaffenexport »volkswirtschaftlich an der Grenze zur Irrelevanz«, aber aus der Rüstungsproduktion von jetzt auf gleich auszusteigen, sei unrealistisch. Zitzelsberger sprach sich dafür aus, den Rüstungsexport zunächst auf NATO- und EU-Staaten zu beschränken und vor allem die Kleinwaffenausfuhr zu stoppen. Konversion und Diversifikation in Mischkonzernen umzusetzen, sei leichter als in reinen Rüstungskonzernen. So lehne der Betriebsrat von Heckler & Koch ein Gespräch mit ihm über die Frage bisher ab.

Jorge Jurado, der Botschafter Ecuadors, plädierte leidenschaftlich für den Kampf um die Unabhängigkeit sei-



Screenshot aus Video-Mitschnitt, Quelle: Ökotopia / YouTube / friedensratschlag.de

nes Landes und Lateinamerikas von Einmischungsversuchen der USA und der EU. »TTIP und CETA treten die Souveränität der Länder mit Füßen«, rief er. Wenn es zu den Verträgen käme, nützten Gesetze überhaupt nichts mehr, die Abkommen führten zur »Privatisierung des Rechts«.

Zum Abschluss konnte Frank Skischus seitens des Kasseler Friedensforums die Fortsetzung dieser Veranstaltung für die nächsten Jahre als gesichert verkünden.

Lühr Henken

Audio- und Video-Mitschnitte von den Plenums- und einzelnen Workshop-Vorträgen finden sich auf der Homepage www.friedensratschlag.de

Eine Zusammenstellung der meisten Beiträge als »Ratschlags-Buch« ist geplant und soll bis Ende Mai veröffentlicht werden.